

## **Gaza-Krieg und die Folgen**

### **Die falsch verstandene Staatsräson**

(Autor: René Wildangel ist Historiker und schreibt unter anderem zum Schwerpunkt Naher/Mittlerer Osten.)

"Wie gehen deutsche Politiker und Medien mit dem Gaza-Krieg um? **Der Völkerrechtler Kai Ambos und der Journalist Fabian Goldmann sehen eine deutliche Einseitigkeit zugunsten Israels.**

Die Folgen wiegen schwer.

Rezension von René Wildangel

Süddeutsche Zeitung 19. Juli 2026

Die Debatte um die sogenannte Staatsräson hat sich seit dem 7. Oktober 2023 intensiviert. Gemeint ist damit ein deutscher Diskurs, der auf Angela Merkels Diktum von „israelischer Sicherheit als deutscher Staatsräson“ bei einer Rede 2008 vor der Knesset zurückgeht. Die Kritik an dieser Aussage, an der deutsche Politik auch gegenüber einer extremistischen israelischen Regierung und ihren dokumentierten Rechtsbrüchen festhält, ist lauter geworden – insbesondere während und in der Folge des Gaza-Krieges. Die Zweifel, dass diese Nibelungentreue wirklich zu israelischer Sicherheit beiträgt, auch.

Dennoch verbleibt der deutsche politische Diskurs in sehr eng gesteckten Grenzen. So werden die Begriffe Genozid und Apartheid international mit Blick auf die zahlreichen Berichte von Menschenrechtsorganisationen oder den Vereinten Nationen diskutiert; wer sie hierzulande benutzt, muss mit Polemik rechnen und wird schnell als „Antisemit“ oder „Hamasverstehert“ diskreditiert.

Schon aus diesem Grund dürfte es das Buch des Journalisten Fabian Goldmann schwer haben – der Begriff Genozid erscheint im Untertitel. Öffentliche Lesungen mit Goldmann wurden bereits abgesagt oder verlegt. Dabei bezieht er sich bei der Verwendung des Begriffs auf die Einschätzung internationaler Menschenrechtsorganisationen und Fachleute. Die sprachen angesichts des Vorgehens der israelischen Armee und den martialischen Ankündigungen israelischer Politiker

schon früh von einem Genozid in Gaza, während in deutschen Redaktionen – so Goldmann – die Sprachregelung „Kampf gegen die Hamas“ vorherrschte. Trotz der aufgeladenen Thematik ist seine Untersuchung der Berichterstattung deutscher Medien über Gaza seit dem 7. Oktober fundiert und überaus detailreich dokumentiert.

Für seine Analyse hat er im Kern mehr als 11 000 Beiträge aus fünf deutschen Medien ausgewertet, die eine große Öffentlichkeit und ein breites Meinungsspektrum abdecken sollen (Bild, „Tagesschau“, Spiegel, Zeit und taz). Aber auch auf Beispiele aus weiteren Magazinen und Tageszeitungen wird verwiesen, gelegentlich auch auf die Süddeutsche Zeitung. Aus dieser beachtlichen Datenmenge seziert er gekonnt das überwiegende Versagen der betrachteten Medien, bei einem besonders emotional aufgeladenen Thema ausgewogen und kritisch zu berichten.

Immer wieder weist er massive Schieflagen nach, etwa was die Präsenz palästinensischer Stimmen angeht. So kommt der israelische Botschafter Ron Prosor zwischen Oktober 2023 und Januar 2025 in deutschen Zeitungen mehr als 3000-mal zu Wort, der palästinensische Botschafter Laith Arafah gerade 171-mal; ähnlich sieht es bei Talkshow-Auftritten und anderen medialen Formaten aus, bei denen palästinensische Stimmen meist völlig fehlen.

In seiner Untersuchung weist Goldmann unter anderem nach, wie stark Darstellungen der israelischen Seite und insbesondere Pressemitteilungen der israelischen Armee viele Artikel und ihre Überschriften prägen, während palästinensische Quellen so gut wie nie zitiert werden. Entsprechend einseitig waren oft Berichte über den israelischen Militäreinsatz in Gaza. Propaganda – so zitiert Goldmann den US-Wissenschaftler Tom Huckin – funktioniert nicht nur über hetzerische Rhetorik, sondern auch durch Auslassung. Und Goldmanns Nachweis, wie systematisch israelische Kriegsverbrechen und das Leid palästinensischer Zivilisten in der untersuchten Berichterstattung oftmals ausgeblendet wurden, ist schockierend.

Goldmanns Analyse bleibt stets sachlich, und der Autor reflektiert und erläutert dabei auch seinen eigenen Sprachgebrauch angesichts der vielfach aufgeladenen Debatten – eine Fähigkeit, die er zu Recht auch von anderen Journalisten erwartet. In einem mehrseitigen Glossar trägt er besonders einseitige und unkritisch verwendete Begriffe zusammen. Dennoch ist sich Goldmann angesichts der polemischen Auseinandersetzung über die Ereignisse des 7. Oktobers sicher: „Man kann die Gewalt auf allen Seiten benennen, ohne sie gleichzusetzen. Man kann über die Opfer auf

beiden Seiten berichten, ohne sie aufzurechnen. Man kann die Vorgeschichte dieses Tages erläutern, ohne seine Verbrechen zu relativieren.“

Das gelang laut Goldmanns Analyse nach dem 7. Oktober in der deutschen Medienlandschaft nicht, weil die Staatsräson den Duktus prägte: Solidarität und Bekenntnis zu Israel, Generalverdacht und Schuldzuweisungen, wenn es um Palästina geht. Die auch von ihm zitierte Welt-Schlagzeile „Free Palestine ist das neue Heil Hitler“ war da nur einer von vielen Tiefpunkten.

Goldmanns Analyse bezieht sich stets auf konkrete Beispiele, Pauschalurteile vermeidet er; er würdigt auch positive Beispiele in der deutschen Berichterstattung. Dass sein Buch im kleinen marxistischen „Manifest-Verlag“ erschienen ist, dürfte allerdings wenig hilfreich sein. Der spricht im Vorwort vom „sogenannten“ Völkerrecht, das für „Marxist\*innen nicht das maßgebliche Kriterium“ sei. So wird es leichter gemacht, diese so wichtigen und profunden Analysen als randständige Einwürfe aus der linken „Palästina-Ecke“ zu marginalisieren.

Mit seiner beeindruckenden Quellenvielfalt ist Goldmann ein Standardwerk gelungen, das große Aufmerksamkeit verdient hätte – insbesondere auch in jenem Medien-„Mainstream“, dessen mindestens teilweises Versagen Goldmann aufzeigt.

Das Buch des Göttinger Jura-Professors Kai Ambos, der die völkerrechtliche Seite der Staatsräson betrachtet, ist im wissenschaftlich orientierten Campus-Verlag erschienen. Der Autor und sein Verlag wollen sich angesichts der Sprengkraft der Debatte vermutlich absichern: Von den 359 Seiten besteht fast die Hälfte des Buches aus Belegen, Quellen- und Literaturangaben. Für ein Sachbuch, das sich auch an Nicht-Akademiker richtet, ist das eher ungewöhnlich.

Das Buch liefert zunächst im ersten Teil eine kurze Einführung in die Geschichte des Begriffs der Staatsräson: von seiner absolutistisch geprägten Tradition über eine gelegentliche Nutzung des Begriffs in der Bundesrepublik bis hin zu einer Umdeutung als richtungsweisendes Prinzip in den israelisch-deutschen Beziehungen. Spätestens unter Angela Merkel wurde mit dem Begriff, so Ambos, eine zunehmend undifferenzierte Unterstützung israelischer Regierungspolitik, die infolge des 7. Oktober oft mit dem Attribut „bedingungslos“ versehen wurde. Diese Unterstützung äußert sich konkret in wirtschaftlicher und militärischer Unterstützung und weitgehend

ungeachtet israelischer Völkerrechtsverstöße, sei es mit Blick auf die Besatzung des Westjordanlands oder die Zerstörung der Lebensgrundlagen in Gaza.

Dabei zeigt Ambos zunächst, wie das politisch definierte Dogma der Staatsräson an normativer Wirkmächtigkeit gewonnen hat und immer mehr in den rechtlichen Raum in Deutschland hineinwirkt. Mehrere Bundestagsresolutionen haben die Verwendung unscharfer Begriffe wie der Staatsräson oder auch des „Existenzrechts Israels“, die keine rechtliche Grundlage im Grundgesetz oder im Völkerrecht haben, zusätzlich salonfähig gemacht. Das führt dazu, dass sie mittlerweile in rechtsgültigen Bescheiden und Urteilen auftauchen oder das Bekenntnis zum „Existenzrecht“ sogar als implizite Einbürgerungsvoraussetzung eingefordert wird. Ein aktueller Gesetzentwurf des Bundesrats will seine Leugnung gar unter Strafe stellen.

Auch die Meinungs- und Versammlungsfreiheit wird über diese Art der Verrechtlichung von Staatsräson beschnitten, was von europäischen und internationalen Instanzen schon mehrfach deutlich kritisiert wurde. Ambos beschreibt die uneingeschränkte Unterstützung Israels und ihre bedenklichen Folgen in Deutschland; die Ursachen für diese Form einer zunehmend autoritären Interpretation von Staatsräson hält Ambos für schwer nachvollziehbar. Er sieht Ansätze einer Art „Zivilreligion“, die sich weit von den eigentlichen Lehren aus der deutschen Geschichte entfernt habe.

Denn spielten moralische Maßstäbe eine maßgebliche Rolle und würde die Verantwortung für die deutsche Geschichte ernst genommen, dann müsste die Bundesregierung laut Ambos in erster Linie ja jüdisches Leben in Deutschland und weltweit schützen, statt sich allein auf den Staat Israel zu beziehen – und damit auf einen Staat, der massiv das Völkerrecht gebrochen habe.

Der Hauptteil des Buches beschäftigt sich detailliert mit Israels Völkerrechtsverletzungen in Gaza. Dafür zieht der Autor die Vielzahl der verfügbaren Quellen, Berichte der UN und internationaler Gerichtshöfe heran, welche unter anderem die unterschiedslosen Angriffe auf Zivilisten und ethnische Säuberungen dokumentieren. Differenziert ordnet Ambos Israels Kriegsführung völkerrechtlich ein. Auch wenn nicht alle Fragen abschließend geklärt sind, ist das Gesamtbild doch klar: Man müsse davon ausgehen, dass Israel in Gaza Verletzungen des humanitären Völkerrechts, Kriegsverbrechen, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und auch möglicherweise einen Genozid begangen hat. Daraus wiederum leiten sich Verpflichtungen für Drittstaaten ab, die die deutsche Bundesregierung konsequent negiert, wenn sie zum Beispiel weiterhin Waffen an die israelische Regierung liefert.

Ambos' Fazit: Mit dem Staatsräson-Diskurs hat Deutschland seine rechtliche Unparteilichkeit aufs Spiel gesetzt, mit Folgen, die weit über Israel und Palästina hinausgehen. Dass die Staatsräson immer wieder durchgefochten wird, auch wo sie gegen geltendes Recht verstößt, hält Ambos für hochproblematisch. Der Begriff der auf Israel verengten Staatsräson sei zudem ungeeignet, das auszudrücken, worum es im Kern gehen müsste: eine Verantwortung für Jüdinnen und Juden sowie einen universalistischen Menschenrechtsschutz.

Während Kai Ambos zeigt, wie dieser problematische Staatsräson-Diskurs Rechtsgrundsätze aufweicht, macht Fabian Goldmann deutlich, wie er die Berichterstattung deutscher Medien beeinflusst. Beide Befunde sind in höchstem Maße besorgniserregend."